

MIGRATIONSPOLITISCHE DATEN UND INFORMATIONEN ZUR ZUWANDERUNG

Aktualisierung einer Bestandsaufnahme für den Landkreis Oldenburg

im Rahmen der Richtlinie Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe des
Niedersächsischen Landesamts für Soziales, Jugend und Familie

Kontakt:

Landkreis Oldenburg - Ute Frankenfeld - Integrationsbeauftragte / Koordinierungsstelle Migration und
Teilhabe - Tel.: 04431.85-659 - E-Mail: ute.frankenfeld@oldenburg-kreis.de

Landkreis Oldenburg - Dr. Brigitte Brück - Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte -
Tel.: 04431.85-653 - E-Mail: brigitte.brueck@oldenburg-kreis.de

1. Bevölkerung

Der Landkreis Oldenburg (LKO) ist ein ländlich strukturierter Flächenlandkreis mit acht kreisangehörigen Kommunen. Die Bevölkerungszahl betrug nach der amtlichen Statistik des Landesamts für Statistik Niedersachsen am 31.12.2020 131.467 Personen (<https://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp>, aufgerufen am 17.06.2021), die aktuellen, noch nicht bereinigten Zahlen aus den acht Kommunen weichen naturgemäß davon ab und beziffern die Einwohnerzahl auf 135.920 Personen (Stand: Juni 2021). Das Regionalmonitoring Niedersachsen gibt den Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für das Jahr 2019 mit 15,7 Prozent an (<https://www.regionalmonitoring-statistik.niedersachsen.de>, aufgerufen am 18.06.2021). Neuere Zahlen liegen uns lediglich für einen Teil dieser Gruppe - Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit - vor.

Laut Ausländerzentralregister (AZR) vom 30. April 2021 leben im Landkreis 13.104 Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Folgende Hauptherkunftsländer lassen sich für den Landkreis identifizieren:

Ausländische Staatsangehörige nach Hauptherkunftsländern im Landkreis Oldenburg nach AZR vom 30. April 2018

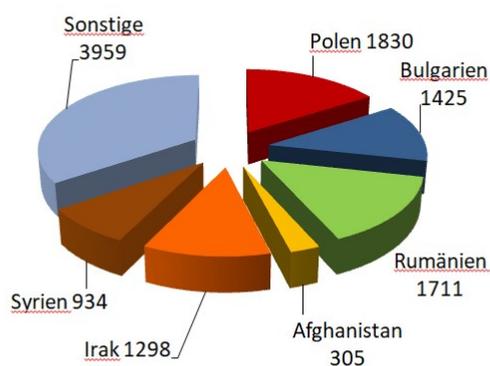


Diagramm 1a

Ausländische Staatsangehörige nach Hauptherkunftsländern im Landkreis Oldenburg nach AZR vom 30. April 2021

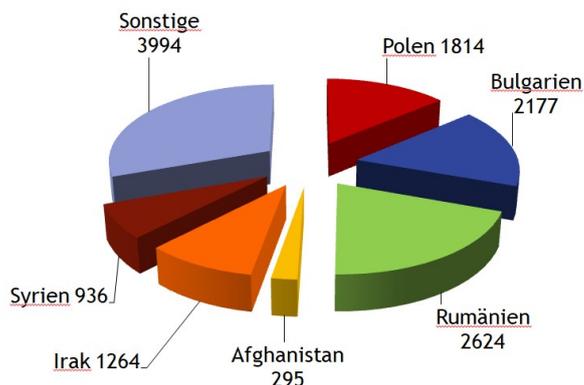


Diagramm 1b

Neben geflüchteten Menschen aus dem Irak, Syrien und Afghanistan (1.495 Personen) bilden Zugewanderte aus südosteuropäischen Unionsländern (Bulgarien, Polen und Rumänien) mit 6.615 Personen die größte Zuwanderungsgruppe im LKO (vgl. Diagramm 1b). Während sich die Zuwanderungszahlen bei Schutzsuchenden 2021 im Vergleich zu 2018 stabilisieren, zeigt sich beim Zuzug aus Osteuropa in diesen drei Jahren eine steigende Tendenz.

Betrachtet man die Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien ab 2011 über einen Zeitraum von zehn Jahren, wird eine auffallend starke Steigerung deutlich. Ende 2011 waren im Landkreis 507 Bulgar*innen und 246 Rumän*innen laut AZR gemeldet. Ende 2020 waren es 2060 respektive 2502 Personen. Das entspricht einer Zunahme der Zuwanderung aus Bulgarien um 306 Prozent, aus Rumänien sogar um 918 Prozent (vgl. Diagramm 2).

Zuwanderung aus Bulgarien, Polen und Rumänien in den Landkreis Oldenburg von 2011 bis 2020, jeweils 31.12., nach AZR

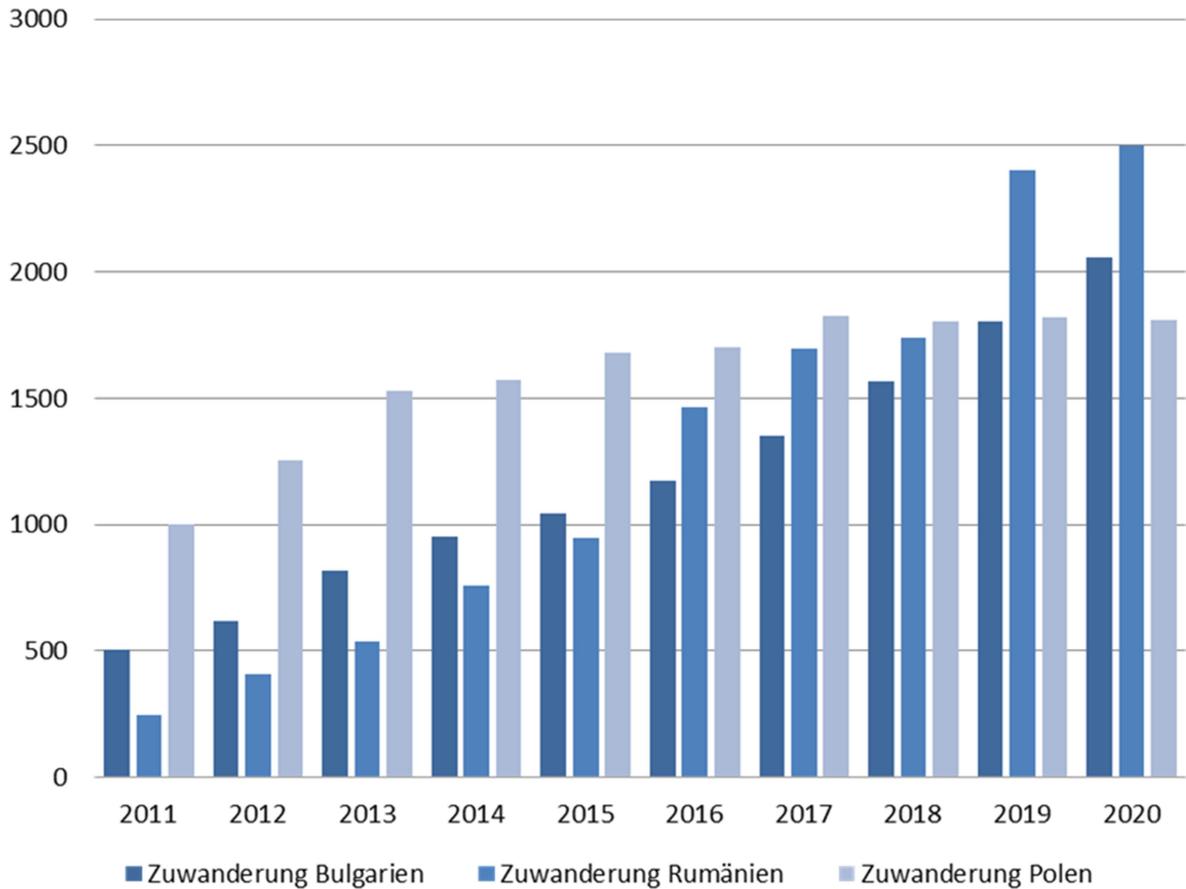


Diagramm 2

Demgegenüber nahmen die Einwanderungszahlen von polnischen Menschen in diesem Zeitraum von 999 Personen auf 1809 zu. Das entspricht einer Steigerung von 81 Prozent. Polnische Zuwanderung setzte auf einen höheren Sockel auf, entwickelte sich im Verlauf moderater und pendelte sich in den letzten vier Jahren auf gleichbleibendem Niveau ein.

Bei den zugezogenen Menschen aus Bulgarien und Rumänien handelt es sich überwiegend um Arbeitsmigranten, die hauptsächlich in der Fleisch verarbeitenden Industrie, aber auch im Reinigungs- und Baugewerbe, in der Landwirtschaft und in der Logistikbranche beschäftigt sind. Die Standorte der Fleischproduzenten konzentrieren sich in zwei (Stadt Wildeshausen und Gemeinde Großenkneten) der acht Mitgliedskommunen, dementsprechend ist der Anteil der Zuwanderungsgruppe aus Südosteuropa hier besonders hoch, diffundiert jedoch - aufgrund des angespannten Wohnungsmarkts - mittlerweile in die gesamte Fläche des LKO.

MIGRATIONSPOLITISCHE DATEN UND INFORMATIONEN ZUR ZUWANDERUNG

Die Fluktuation ist hoch. Doch entgegen der Annahme, dass sich Arbeitsmigrant*innen saisonal oder nur für eine bestimmte Zeitspanne im Kreisgebiet aufhalten, um danach wieder in ihre Heimat zurückzukehren, verfestigt sich der Trend, dass viele EU-Zugewanderte ihre Familien nachholen und dauerhaft hier bleiben wollen.

Bei der Geschlechterverteilung der verschiedenen Zuwanderungsgruppen fällt auf, dass das Verhältnis bei geflüchteten Menschen relativ ausgeglichen ist. Lediglich bei Zugewanderten aus Afghanistan ist eine leichte Dominanz männlicher Flüchtlinge feststellbar.

Ausländische Staatsangehörige nach Hauptherkunftsländern und Geschlecht im Landkreis Oldenburg nach AZR

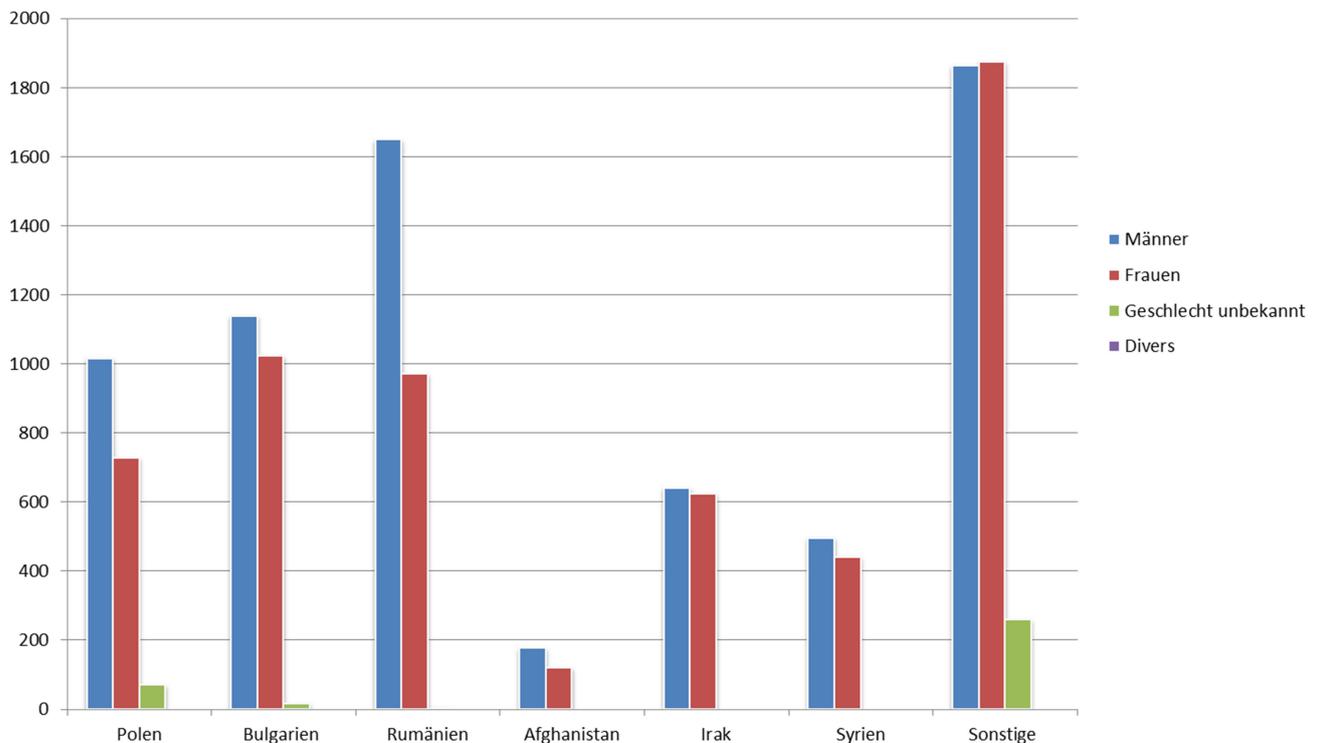


Diagramm 3

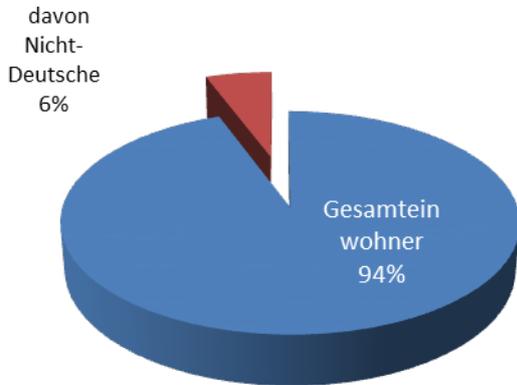
Bei den südöstlichen Unionsländern hingegen finden deutlich mehr Männer den Weg in den LKO. Eine mögliche Erklärung ist, dass eher die alleinstehenden Männer ihr Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme verlassen bzw. Familienväter Partnerin und/oder Kinder in der Heimat lassen, um zunächst die Zukunftsfähigkeit der Wanderungsbewegung in Erfahrung zu bringen oder den Plan haben, nach einiger Zeit des Einkommenserwerbs, in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

Die Zahlen der Zuwanderung und die Hauptherkunftsländer in den kreisangehörigen Kommunen differieren von Gemeinde zu Gemeinde teilweise erheblich (alle Zahlen aus den gemeindlichen Meldeämtern).

Gemeinde Dötlingen

anteilig Nicht-Deutsche

Stand 08.06.2021

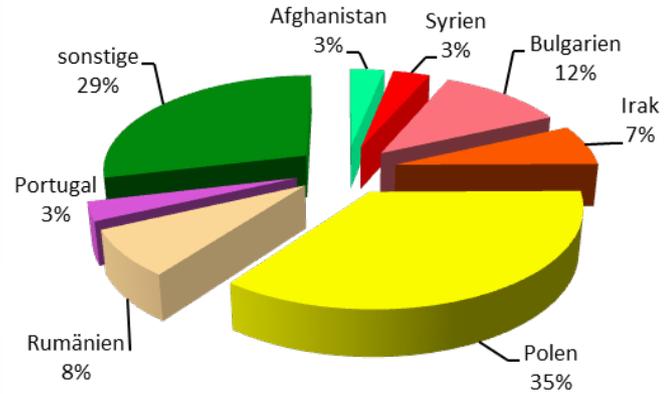


Herkunftsland	Einwohner
Afghanistan	12
Syrien	13
Bulgarien	44
Irak	26
Polen	135
Rumänien	30
Portugal	12
sonstige	110

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
6.389	382

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 08.06.2021



*Personengruppen ab 12 Personen

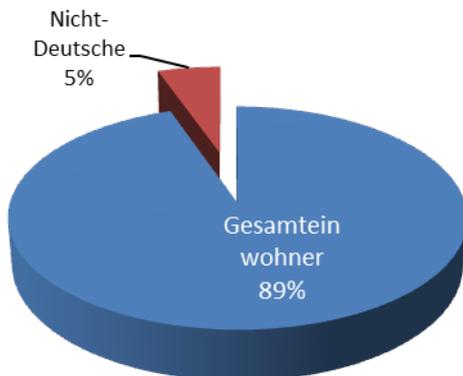
Diagramm 4 a

Diagramm 4 b

Gemeinde Ganderkese

anteilig Nicht-Deutsche

Stand 08.06.2021

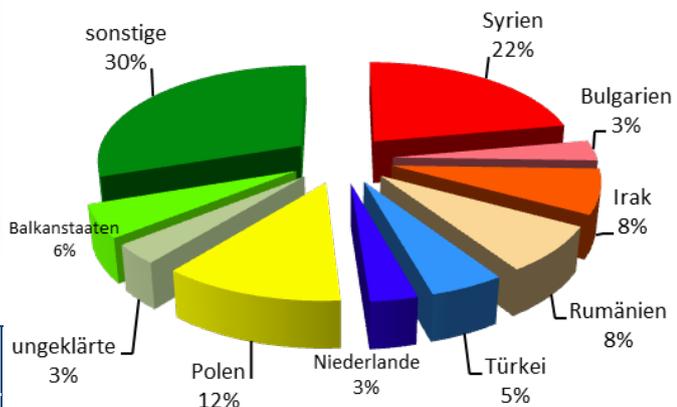


Herkunftsland	Einwohner
Syrien	397
Bulgarien	61
Irak	134
Rumänien	139
Türkei	90
Niederlande	57
Polen	217
ungeklärte	59
Balkanstaaten	99
sonstige	544

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
32.089	1.797

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 07.06.2021



*Personengruppen ab 50 Personen

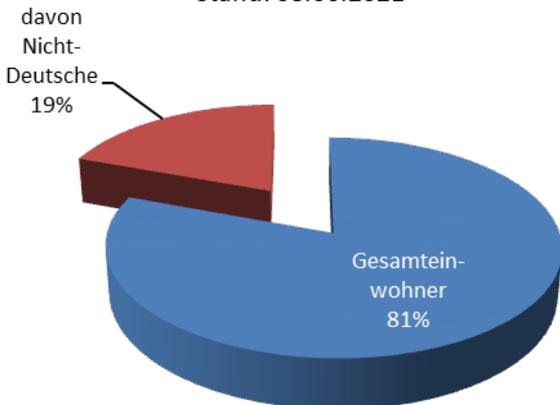
Diagramm 4 c

Diagramm 4 d

Gemeinde Großenkneten

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 08.06.2021

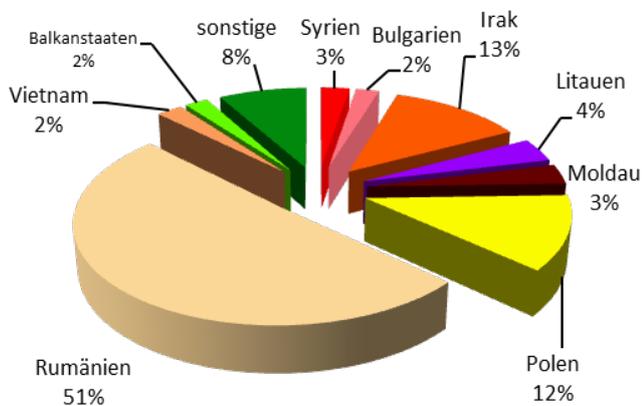


Hauptherkunftsland	Einwohner
Syrien	108
Bulgarien	88
Irak	504
Rumänien	2.050
Litauen	159
Moldau	134
Polen	491
Vietnam	97
Balkanstaaten	87
sonstige	333

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
11.121	569

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 04.06.2021



*Personengruppen ab 80 Personen

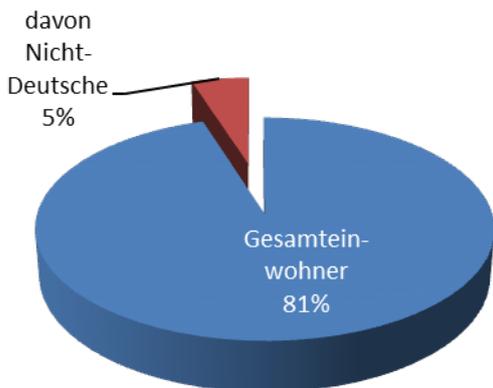
Diagramm 4 e

Diagramm 4 f

Samtgemeinde Harpstedt

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 08.06.2021



Hauptherkunftsland	Einwohner
Syrien	47
Bulgarien	53
Irak	24
Polen	149
Rumänien	32
russische Föderation	23
Balkanstaaten	30
sonstige	211

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
15.144	1.207

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 04.06.2021

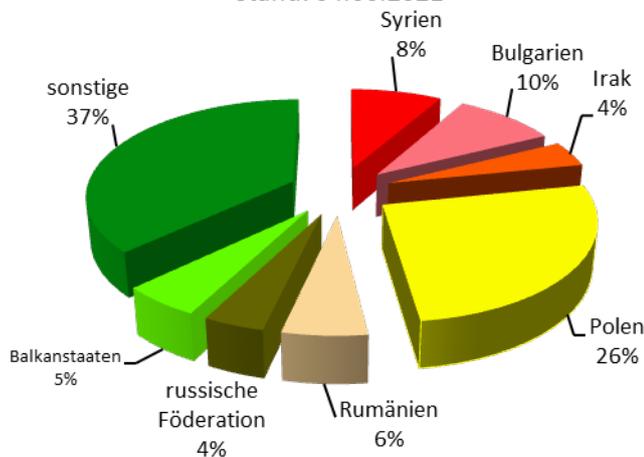


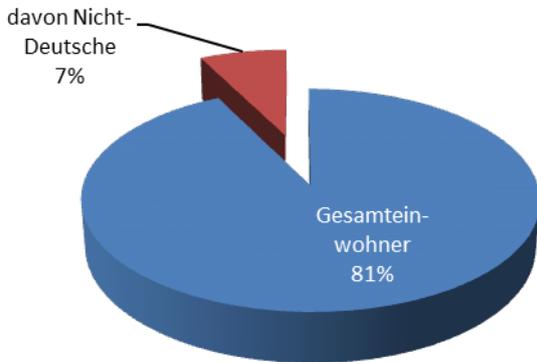
Diagramm 4 g

Diagramm 4 h

Gemeinde Hatten

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 17.06.2021

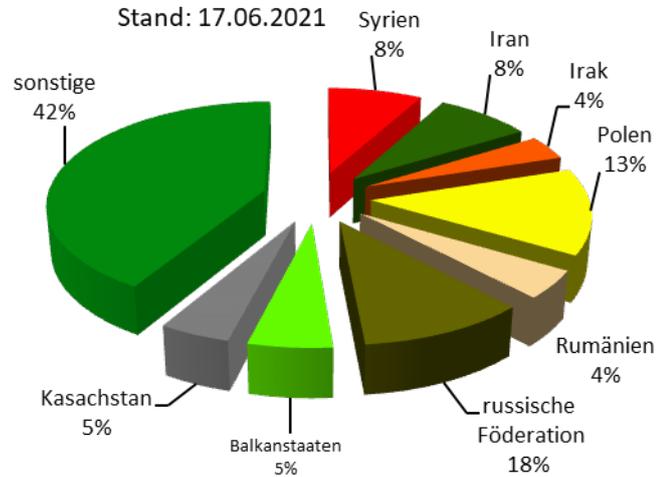


Hauptherkunftsland	Einwohner
Syrien	97
Iran	99
Irak	46
Polen	162
Rumänien	53
russische Föderation	130
Balkanstaaten	65
Kasachstan	55
sonstige	500

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
15.144	1.207

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 17.06.2021



*Personengruppen ab 20 Personen

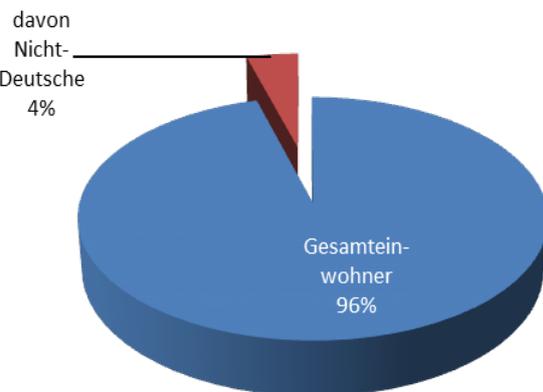
Diagramm 4 i

Diagramm 4 j

Gemeinde Hude

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 09.06.2021

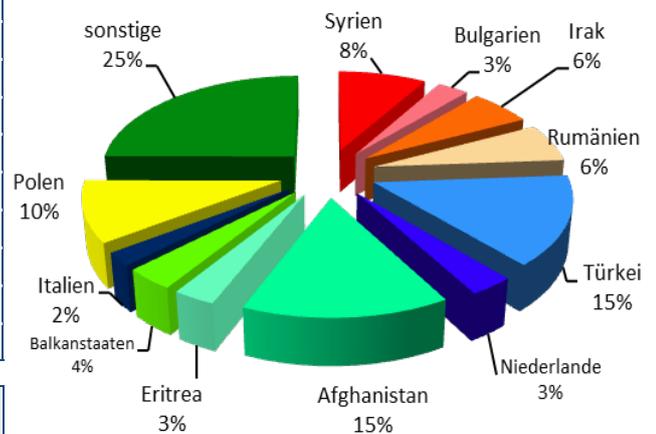


Hauptherkunftsland	Einwohner
Afghanistan	106
Bulgarien	22
Irak	44
Eritrea	22
Niederlande	23
Polen	73
Rumänien	46
Syrien	62
Türkei	107
Balkanstaaten	26
Italien	16
sonstige	255

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
16.226	729

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 08.06.2021



*Personengruppen ab 13 Personen

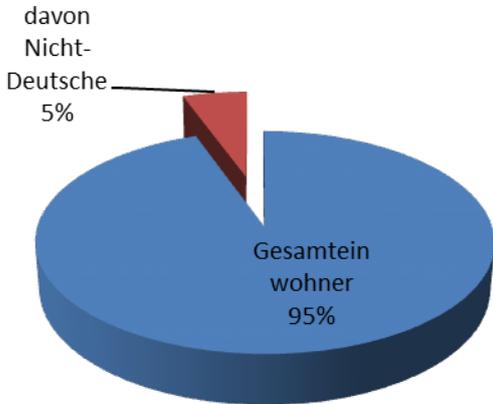
Diagramm 4 k

Diagramm 4 l

Gemeinde Wardenburg

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 07.06.2021

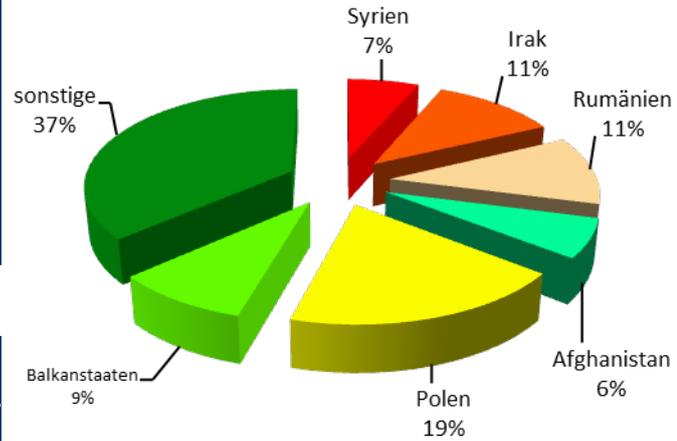


Hauptherkunftsland	Einwohner
Afghanistan	62
Irak	110
Polen	183
Rumänien	109
Syrien	63
Balkanstaaten	88
sonstige	354

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
16.783	969

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 07.06.2021



*Personengruppen ab 50 Personen

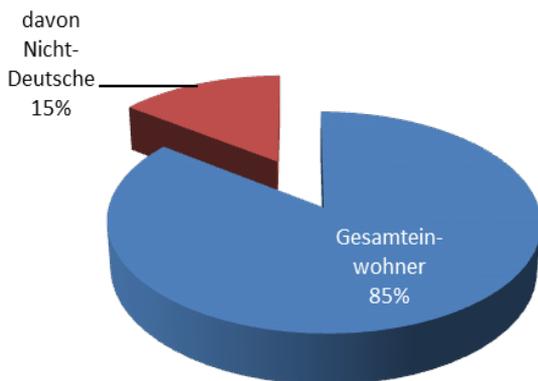
Diagramm 4 m

Diagramm 4 n

Stadt Wildeshausen

anteilig Nicht-Deutsche

Stand: 04.06.2021

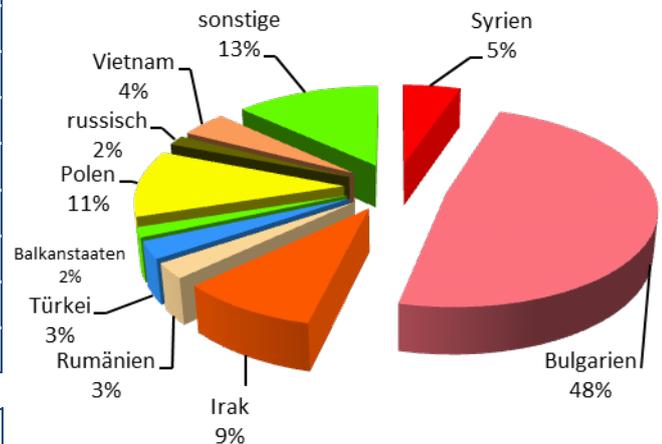


Hauptherkunftsland	Einwohner
Bulgarien	1.816
Irak	348
Polen	412
Rumänien	96
Syrien	197
Balkanstaaten	61
Russisch	62
Türkei	107
Vietnam	158
sonstige	493

Gesamteinwohner	Nicht-Deutsche
21.848	3.750

Nicht-Deutsche nach Hauptherkunftsländern*

Stand: 04.06.2021



*Personengruppen ab 60 Personen

- Mit Ausnahme der Gemeinde Dötlingen wurden Haupt- und Nebenwohnsitze gezählt.*
- Unter „Balkanstaaten“ wurden Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Serbien und Slowenien zusammengefasst.

Diagramm 4 o

Diagramm 4 p

Während der Anteil nicht-deutscher Einwohner*innen in sechs kreisangehörigen Kommunen nahezu gleich ist (um 5%), zeigt sich in der Gemeinde Großenkneten (mit 19%) und der Stadt Wildeshausen (mit 15%) ein deutlich anderes Bild. Bei den Hauptherkunftsländern dominieren in der Stadt Wildeshausen Zugewanderte aus Bulgarien (48%iger Anteil), in der Gemeinde Großenkneten Migrant*innen aus Rumänien (51%iger Anteil). In beiden Kommunen existieren Wohnquartiere, in denen sich zugewanderte Menschen konzentrieren und die zunehmend im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Interessant ist auch der hohe Anteil afghanischer Menschen in der Gemeinde Hude.

In allen Mitgliedskommunen lebt eine größere Gruppe von Polinnen und Polen. Von den Netzwerkpartner*innen vor Ort wissen wir, dass die Integration dieser Herkunftsgruppe relativ gut funktioniert. Wir vermuten, dass die polnischen Communities aufgrund der langen Tradition der Wanderungsbewegungen aus Polen (seit dem späten 19. Jahrhundert (vgl. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laender-profile/328520/osteuropaeische-arbeitskraefte>, aufgerufen am 18.06.2021) die Fähigkeit haben, Neuankömmlingen Orientierung und Unterstützung zu geben - diejenigen, die bereits länger vor Ort sind, integrieren die Nachfolgenden (vgl. auch Diagramm 2).

Die Unterschiede der Zuwanderung in den kreisangehörigen Kommunen ist für die Ausrichtung der Integrationsarbeit vor Ort von Bedeutung. Das betrifft insbesondere die Migrationssozialarbeit der Diakonie (vgl. Kapitel 4 Soziales): z. B. die Aufteilung von Personalstunden, die Platzierung mehrsprachiger Sozialarbeiter*innen oder die Wahl von Kooperationspartner*innen, um passgenaue Angebote zu entwickeln.

2. Bildung und Qualifikation

Lebensbegleitende Bildung und Qualifikation ist eine entscheidende Voraussetzung für gelingende Integrationsprozesse. Dazu ist die Bereitstellung von frühkindlicher und schulischer Bildung sowie zielgruppenspezifischer Weiterbildungsangebote für Erwachsene notwendig. Zu nennen sind Sprachangebote für verschiedene Altersgruppen, für unterschiedlich gut Qualifizierte, Nicht-Alphabetisierte, Zweitschriftler*innen, Frauen mit kleinen Kindern und Schichtarbeiter*innen.

Betrachtet man die Altersverteilung der verschiedenen Zuwanderungsgruppen (Diagramm 5) so ist auffällig, dass sowohl diejenigen aus den südosteuropäischen Unionsländern als auch die Geflüchteten in der Regel im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 45 bzw. 55, teils auch 65 Jahren sind, wobei die Anzahl der Arbeitsmigrant*innen aus Polen, Bulgarien und Rumänien deutlich überwiegt. Bei den unter drei- und unter sechsjährigen Kinder ist die Verteilung zwischen den Herkunftsländern der EU und der Geflüchteten nahezu identisch, wobei zu berücksichtigen ist, dass lediglich etwa ein Drittel der Zuwanderer*innen im Landkreis Oldenburg Geflüchtete sind. Von den sechs- bis unter 16jährigen leben deutlich mehr geflüchtete junge Menschen als Einwanderer*innen aus EU-Staaten im Landkreis Oldenburg. Die Zahl der unter drei- und unter sechsjährigen Kinder aus den Unionsländern hat sich allerdings zwischen September 2016 und April 2021 verdoppelt, während die Zahl der geflüchteten Kinder dieser Altersgruppe rückläufig ist (Quelle AZR).

Ausländische Staatsangehörige nach Hauptherkunftsländern und Alter im Landkreis Oldenburg am 30.04.2021 nach AZR

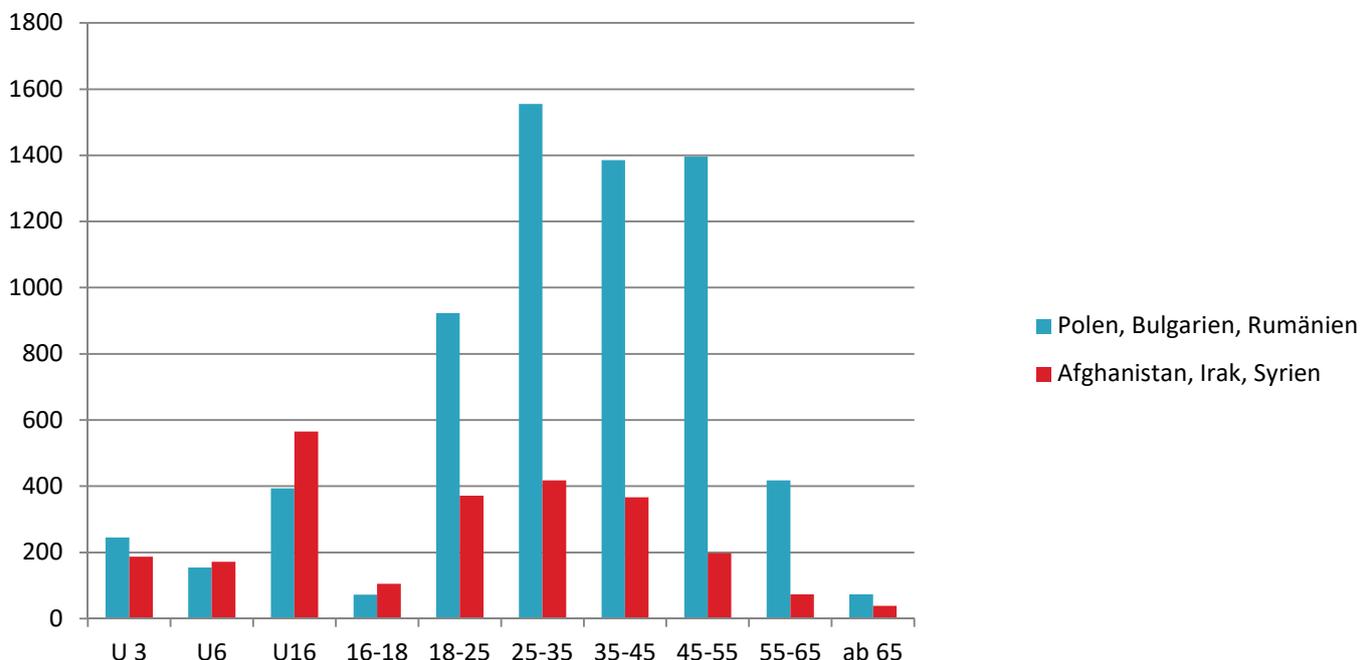


Diagramm 5

Bei der Beschulung und der Deutschsprachförderung sind darüber hinaus Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher Familiensprache und geringen Deutschkenntnissen zu berücksichtigen, die allerdings über eine deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Zu dieser Gruppe liegen keine separaten Daten vor.

In der Stadt Wildeshausen und in der Gemeinde Großenkneten ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen in den Kindergärten und Schulen aus den genannten Unionsländern besonders hoch. So beträgt der Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund in der Stadt Wildeshausen bei den allgemeinbildenden Schulen teils über 50 Prozent, davon bis zur Hälfte bulgarischer Herkunft. In der Gemeinde Großenkneten, Ortsteil Ahlhorn, ist die Lage ähnlich, allerdings kommen dort besonders viele Kinder und Jugendliche aus dem Irak und weiteren Ländern. Die Schulen stehen oft vor größeren Herausforderungen, insbesondere was die Sprachförderung, die Integration der Seiteneinsteiger im laufenden Schuljahr, den Schulabsentismus und die Ansprache der Eltern ohne Deutschkenntnisse betrifft. Mehrsprachige Elternveranstaltungen in Kooperation mit den Schulen konnten aufgrund der Pandemie seit März 2020 nicht stattfinden.

Die pandemiebedingten Teilschließungen der Schulen stellten Kinder, Jugendliche und ihre Eltern – insbesondere diejenigen ohne ausreichende Deutschkenntnisse – vor besondere Herausforderungen. Gleichzeitig mussten Hausaufgabengruppen für Schüler*innen und andere Unterstützungsprojekte im Bereich Deutsch und Mathematik unterbrochen werden. Dies gilt auch für niedrigschwellige Begleit-

angebote wie Elterntalk zur Stärkung der Erziehungskompetenz in Kooperation mit der niedersächsischen Landesstelle Jugendschutz.

Die pandemiebedingten Beschränkungen haben im Bereich Integration – wie in vielen anderen Arbeitsfeldern – einen Digitalisierungsschub ausgelöst. Durch Telefongespräche und Videokonferenzen mit Kindertageseinrichtungen, Schulen, Weiterbildungsanbietern, dem BAMF, den Kammern und Ehrenamtlichen wurde die Vernetzung zu den externen Kooperationspartner*innen aufrechterhalten. Video- und Telefonkonferenzen sowie Videobotschaften und digitale Pinnwände können Präsenztreffen nicht ersetzen, haben sich jedoch als vorübergehende oder/und zusätzliche Formen des Netzwerkens bewährt.

Gleichzeitig haben sich die Vernetzungsstrukturen mit unterschiedlichen Institutionen als stabil erwiesen:

So wurden landkreisintern und -extern umgehend von Kooperationspartner*innen Bedarfe gemeldet und eben diese vom Bereich Integration mit mehrsprachigen Materialien zu Corona und zu Hygienevorschriften versorgt. Bei Bedarf wurden insbesondere Materialien in Bulgarisch und Rumänisch zur Verfügung gestellt, die in der Anfangsphase der Pandemie nicht vorhanden waren. Erfahrungen mit digitalen Lernangeboten an Schulen und an Weiterbildungseinrichtungen können allerdings – so wurde von den Netzwerkpartner*innen berichtet – noch nicht von allen Lernenden gleich gut genutzt werden.

- Online Lernangebote der Schulen werden nicht nur von neuzugewanderten Schüler*innen teils (noch) nicht angenommen.
- Online Sprachlernangebote der Weiterbildungsträger werden von Menschen in Alphabetisierungskursen (noch) nicht genutzt.
- Neuzugewanderte haben teils keine adäquaten Endgeräte zum online Lernen.
- Der WLAN-Empfang funktioniert in Teilen des ländlichen Raumes nicht.

Der pandemiebedingte Digitalisierungsschub nutzt vermutlich denen, die technisch gut ausgestattet sind und die entsprechenden Bildungskompetenzen mitbringen. Es besteht die Gefahr, dass diejenigen, die sowohl materiell als auch hinsichtlich ihrer Qualifikation weniger gut aufgestellt sind, gerade in der Pandemie abgehängt werden, wenn niedrigschwellige Zugänge wegfallen.

Die Weiterbildungsinstitutionen im Landkreis Oldenburg (die VHS Wildeshausen, die Regio VHS Ganderkesee-Hude, die VHS Hatten-Wardenburg und die Ländliche Erwachsenenbildung Niedersachsen in Huntlosen und Großenkneten-Ahlhorn) haben in der Pandemie Integrations- und Berufssprachkurse digital fortgeführt. Allerdings handelte es sich ausschließlich um Kurse mit höherem Sprachniveau. Integrationskurse für nicht-alphabetisierte Teilnehmende, Zweitschriftlerner*innen und niedrigschwellige Kurse für geflüchtete Frauen mit Kinderbetreuung fanden von Mitte Dezember 2020 bis Mitte Mai 2021 nicht statt, was in der Regel zu einem erheblichen Kompetenzverlust geführt hat.

Die Integrationskurse sind außerdem für Unionsbürger*innen, die keine Sozialleistungen erhalten, kostenpflichtig, was dazu führt, dass sie in der Regel nur an einen Basiskurs teilnehmen. Niedrigschwellige Frauenkurse mit Kinderbetreuung für Unionsbürgerinnen werden landesseitig nicht gefördert.

Kund*innen im SGB-II-Bezug, kommunales Jobcenter,
Landkreis Oldenburg (Stand: 09.06.2021)

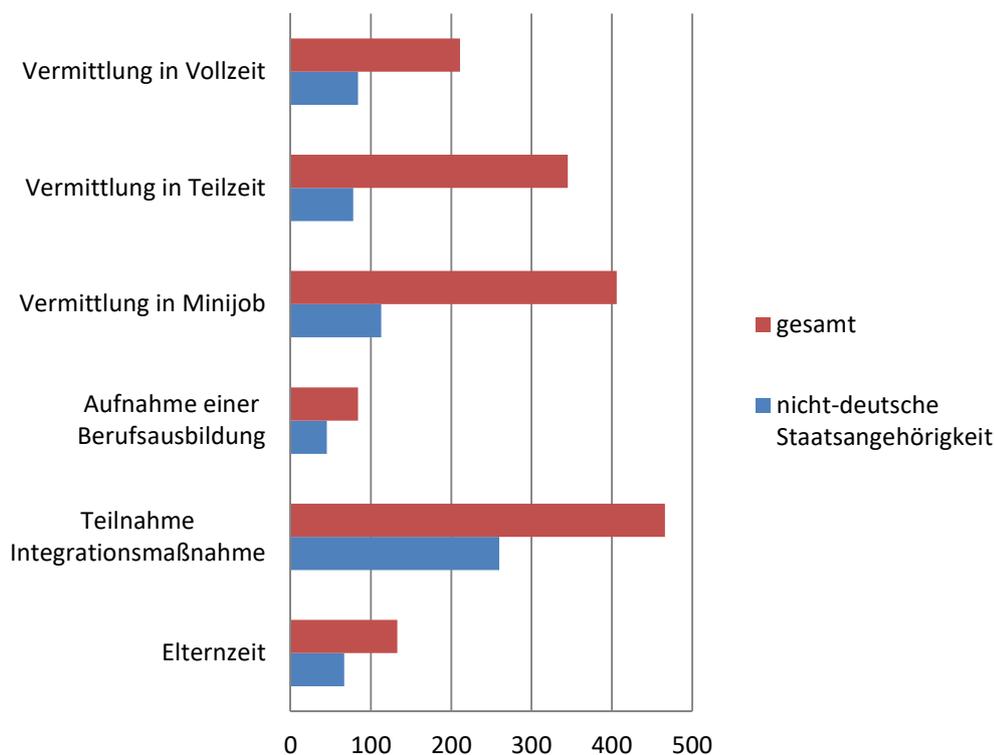


Diagramm 6

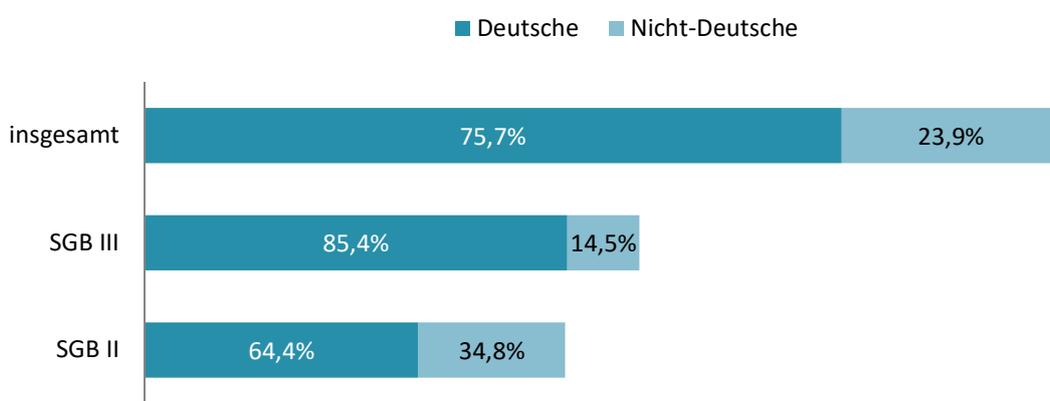
Im Bereich des kommunalen Jobcenters waren bis zum 9. Juni 2021 3.838 Kund*innen gemeldet, davon 1.388 mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. 211 Menschen konnten in ein Vollzeitarbeitsverhältnis, 345 in ein Teilzeitarbeitsverhältnis vermittelt werden, davon hatten wiederum 84 bzw. 78 keine deutsche Staatsangehörigkeit. 406 Kund*innen nahmen einen Minijob auf, 113 davon mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. 84 begannen eine Berufsausbildung, davon mehr als die Hälfte (45) aus der Gruppe mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. 466 Kund*innen nahmen an einer Integrationsmaßnahme teil, 260 von ihnen aus der vorgenannten Gruppe. 133 Kund*innen begannen eine Elternzeit, 67 davon mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

3. Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktintegration ist maßgebend für die Fähigkeit von Zugewanderten, ein eigenständiges Leben zu führen. Hierbei ist natürlich der Aspekt der selbsttätigen ökonomischen Existenzsicherung von großer Bedeutung. Erwerbsarbeit und Beschäftigung strukturieren aber darüber hinaus auch den Lebens- und Tageslauf, sie schaffen verbindliche soziale Bezüge und stärken das Zugehörigkeitsgefühl. Die Teilhabe am Arbeitsleben und die Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen sind ebenfalls entscheidende Komponenten bei der Akzeptanz von Zugewanderten innerhalb der Aufnahmegesellschaft und besitzen damit auch für die Tragfähigkeit der Zuwanderungspolitik hohe Relevanz.

Für Mai 2021 werden im Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit im Landkreis Oldenburg insgesamt 2.548 arbeitslose Personen ausgewiesen. 608 Personen davon haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Aufgesplittet nach Rechtskreisen beziehen im Mai 1.377 Personen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III), 200 Personen davon haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Rechtskreis des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) waren 1.171 Arbeitslose gemeldet, 408 davon Ausländer*innen (Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Arbeitsmarktreport, Nürnberg, Mai 2021).

Anteilig ergibt sich daraus folgendes Schaubild (Quelle: Ebenda):



* Die Summen erreichen keine 100 % aufgrund ausgelassener Nennungen.

Diagramm 7

Auffällig ist der höhere Anteil von arbeitslosen zugewanderten Menschen im SGB II. Leistungen nach dem SGB III sind Versicherungsleistungen, auf die durch Berufsarbeit erst ein Anspruch erworben werden muss, welcher auch nur für eine gewisse Zeitspanne besteht. Im SGB II ist hingegen eine Bedürftigkeit Voraussetzung für den Leistungsbezug. Das Schaubild könnte dahingehend interpretiert werden, dass Zugewanderte im Landkreis Oldenburg häufig länger arbeitslos sind (und dadurch ins SGB II fallen) oder größere Hindernisse bestehen, durch ein längeres Beschäftigungsverhältnis einen Versicherungsanspruch zu erwerben.

Bei der Betrachtung der für den Landkreis Oldenburg interessanten Hauptherkunftsländer (Bulgarien, Polen, Rumänien, Irak, Afghanistan und Syrien), verteilt sich die Arbeitslosigkeit in beiden Rechtskreisen sowie im SGB III und SGB II wie folgt (Quelle: Bundesagentur für Arbeit Statistik (Hrsg.): Migrations-Monitor Arbeitsmarkt (Monatszahlen), Region Oldenburg, Mai 2021, Auftragsnummer 223905, o.O., Tabelle 3.1 AST):

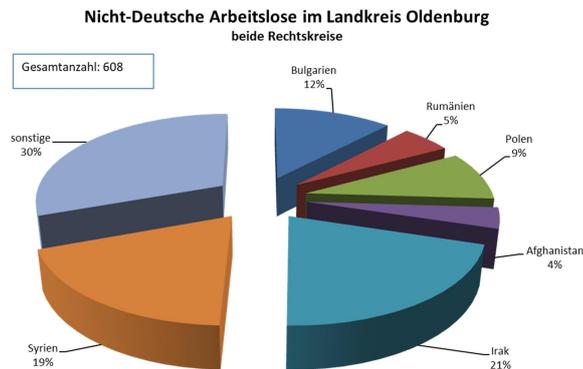


Diagramm 8a

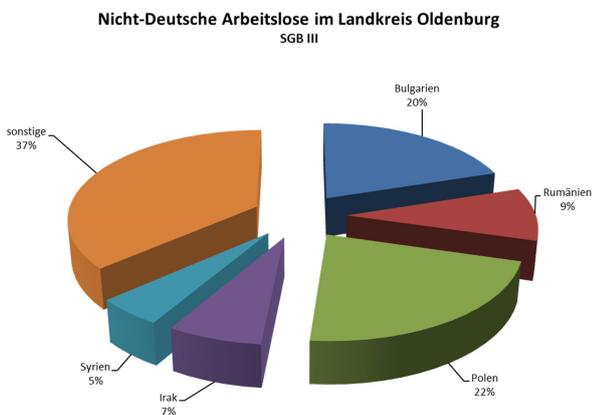


Diagramm 8b

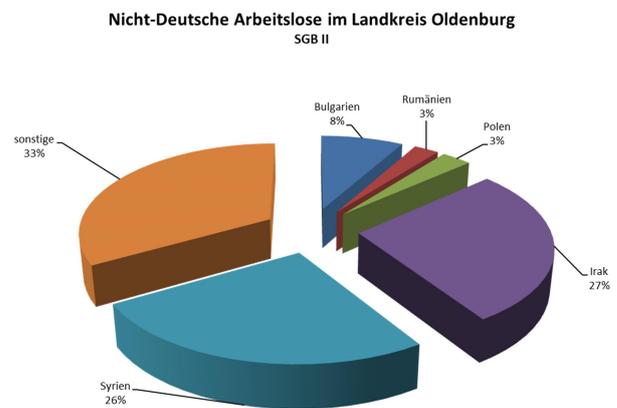


Diagramm 8c

* Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung wurden im SGB III und im SGB II von der Agentur für Arbeit die Zahlen von Arbeitslosen aus Afghanistan anonymisiert. d. h. sie werden dort nicht gesondert aufgeführt.

Die Diagramme zeigen nicht-deutsche Arbeitslose nach Herkunftsländern in beiden Rechtskreisen und nach getrennten Rechtskreisen, also jeweils im SGB III und SGB II. Es wird deutlich, dass EU-2-Zugewanderte sich primär zum Zweck der Erwerbstätigkeit im Landkreis aufhalten. Dies hängt damit zusammen, dass sich ihr Freizügigkeitsrecht darin begründet und ein Bezug von Transferleistungen (mit der Ausnahme aufstockender Leistungen) nach dem SGB II in der Regel erst nach fünf Jahren eines gewöhnlichen Aufenthalts möglich ist. Für anerkannte Schutzsuchende aus dem Irak und Syrien hingegen liegen diese Ausschlussstatbestände nicht vor.

4. Soziales

Verständigung vollzieht sich über Sprache. Da Neuzugewanderte die Sprache der Aufnahmegesellschaft in der Regel (noch) nicht beherrschen, ist die Übermittlung von grundlegenden Informationen, z. B. bei medizinischer Versorgung, Schulanmeldung, Behördengängen, für die Beteiligten mit großen Problemen verbunden. Um eine gute Basis für gelingende Kommunikation zu schaffen, begann der Landkreis Oldenburg frühzeitig mit dem Aufbau eines Sprachmittlerpools, der in den letzten Jahren sukzessive

ausgebaut und erweitert wurde. Unsere Sprachmittler sind zwei- oder mehrsprachige Laiendolmetscher, die ehrenamtlich tätig sind und eine Mehraufwandsentschädigung erhalten.

Auch die Ämter der Kreisverwaltung nutzen den Sprachmittlerpool kontinuierlich, z. B. das Jugendamt, das Gesundheitsamt und das Ordnungsamt - dies ist ein Zeichen für die interkulturelle Öffnung von Teilen der Verwaltung. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Sprachmittlereinsätze nach Sprachen im Jahr 2020 (eigene Berechnungen, LKO):

Sprachmittlereinsätze nach Sprachen

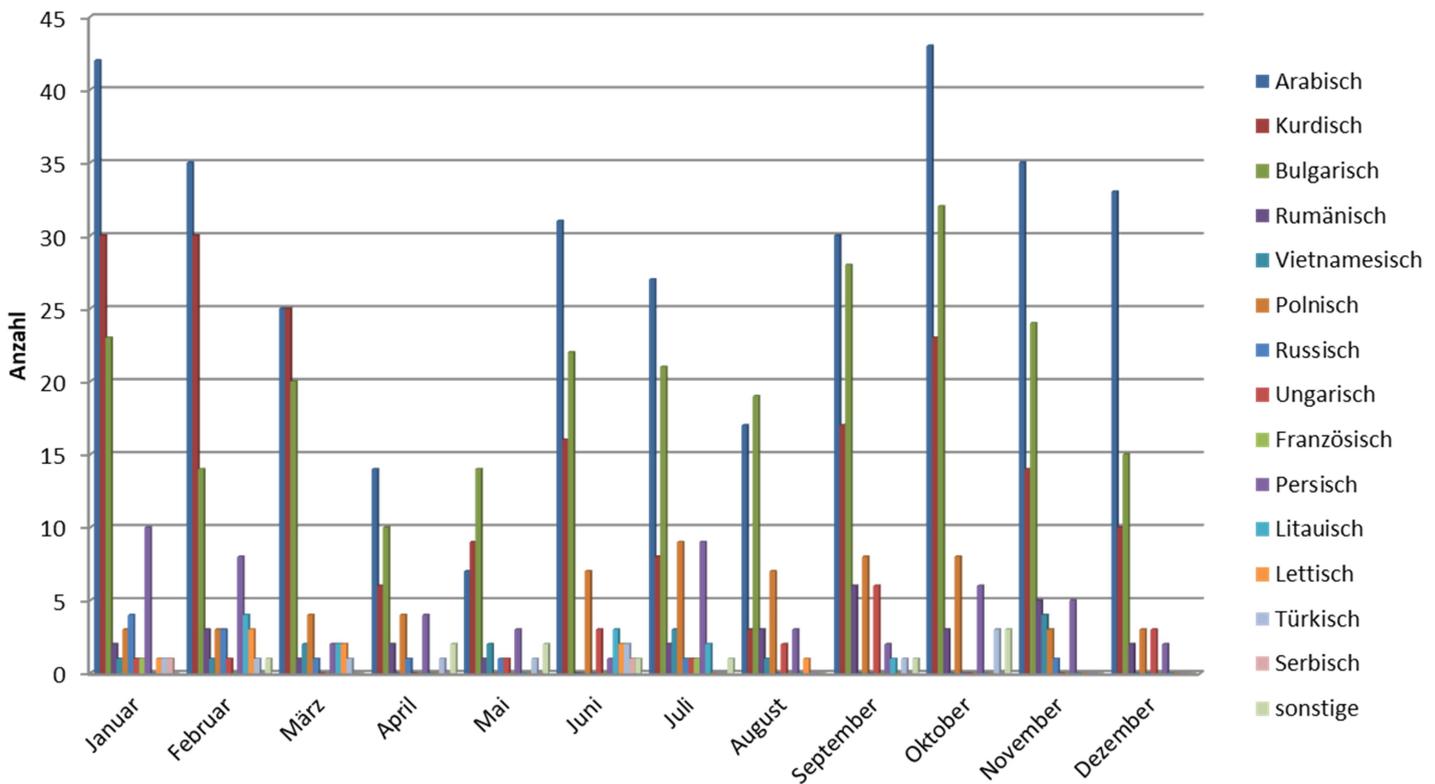


Diagramm 9

Am häufigsten werden Dolmetsch-Einsätze in Arabisch, Kurdisch und Bulgarisch durchgeführt. Auffällig ist die geringe Anzahl rumänisch-sprachiger Einsätze gemessen an der zahlenmäßigen Stärke dieser Herkunftsgruppe, insbesondere in der Gemeinde Großenkneten. Die Ursache dafür ist unklar.

Insgesamt ging die Zahl der Einsätze im Zuge des Infektionsgeschehens merklich zurück, vgl. den starken Rückgang laut Jahresstatistik für das Jahr 2020 (vgl. Diagramm 10) in den Monaten April und Mai (eigene Berechnungen, LKO).

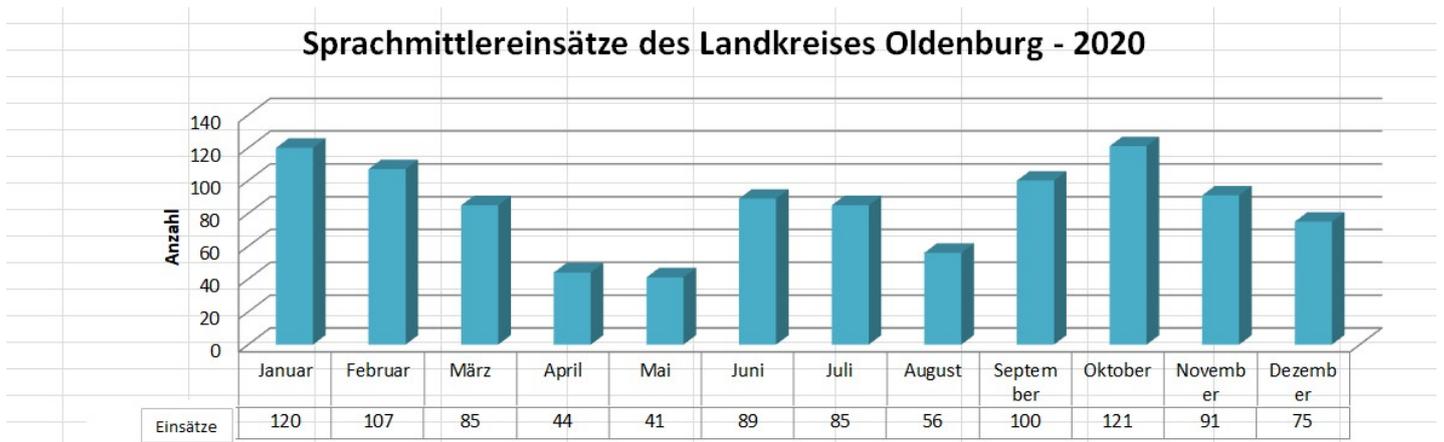


Diagramm 10

Seit 2020 sind die Sprachmittler-Einsätze rückläufig. Die bislang für 2021 vorliegenden Zahlen (bis einschließlich Mai) bestätigen diesen Trend (vgl. Diagramme 11a und 11b).

Jahr	bis Mai
2017	713
2018	815
2019	676
2020	397
2021	367

Diagramm 11 a

Jahr	Gesamt
2017	1669
2018	1633
2019	1414
2020	1014
2021	367 Stand 05.21

Diagramm 11 b

Der Landkreis Oldenburg beauftragte 2014 das diakonische Werk Delmenhorst/Oldenburg-Land e.V. mit der Betreuung und Begleitung von Schutzsuchenden aus Kriegs- und Krisengebieten. Zunächst wurde die Aufgabe von drei Flüchtlings-Sozialarbeiter*innen an drei verschiedenen Standorten im Landkreis wahrgenommen. Im Zuge der verstärkten Zuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 wurde das Personal aufgestockt (sechs VZÄ Landkreis Oldenburg, zwei VZÄ Förderung Land Niedersachsen, Richtlinie Migrationsberatung) und die Sozialarbeit ist seitdem in allen acht kreisangehörigen Kommunen vor Ort präsent. 2018 wurde der Auftrag der Flüchtlingssozialarbeit insofern erweitert, dass auch Zugewanderte aus den Unionsländern durch die Diakonie unterstützt werden konnten. Dies fand auch in

der neuen Bezeichnung „Migrationssozialarbeit“ Widerhall. Der Landkreis Oldenburg hat mit der Migrationssozialarbeit der Diakonie in den Gemeinden eine Struktur für vernetzte und gelingende Integrationsarbeit geschaffen, die sich langjährig bewährt hat. Bedarfe, die vor Ort virulent sind, können schnell und effektiv kommuniziert und entsprechende Hilfen projektiert werden.

Pandemiebedingte Teilschließungen von Behörden erschweren die Zugänge für Migrant*innen, da telefonische und online Kontakte für Neuzugewanderte ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen kaum machbar sind. Dies stellt die Migrationssozialarbeit der Diakonie wie auch die Berater*innen anderer Stellen (Beratung der Arbeitslosenselbsthilfe, Faire Mobilität sowie die Beratung für mobile Beschäftigte) vor große Herausforderungen. Die Migrationssozialarbeit berichtete, dass sich die Arbeit in den kreisangehörigen Kommunen durch die Kontaktbeschränkungen stark verändert hat. Es gehen weiterhin viele Beratungsanfragen ein, die Bearbeitung ist jedoch um ein Vielfaches zeitaufwendiger, da sie nach Möglichkeit ohne direkten Kontakt erfolgt. Der Unterstützungsbedarf ist hoch, ausgesprochen zeitintensiv und die Sozialarbeiter*innen sind dauerhaft stark belastet. Das weite Feld der Sozialen Arbeit wurde enggeführt auf die Regelung von Behördenangelegenheiten. In Absprache mit der Kreisverwaltung bilden existenzsichernde Unterstützung und die Betreuung von neu zugewiesenen geflüchteten Menschen in den Gemeinden zurzeit die Schwerpunkte der Sozialarbeit. Andere Angebote wie aufsuchende Unterstützung, soziale Projekte, Kooperationen und Veranstaltungen können zurzeit nicht oder nur deutlich reduziert realisiert werden.

Das anhaltende Infektionsgeschehen und die hohen Inzidenzen beeinflussen die Integrationsarbeit im Landkreis Oldenburg in erheblichem Ausmaß. Eine wesentliche Gelingensbedingung für gesellschaftliche Teilhabe ist Begegnung. Präsenzprojekte für zugewanderte Menschen (z. B. Begegnungsprojekte, Sprachtreffs, Sportangebote, Kochgruppen) konnten während des gesamten Lockdowns nicht stattfinden. Quartierstreffpunkte waren nicht oder nur im Notbetrieb geöffnet. Durch die langdauernden Schließungen wurden Begegnungen vor Ort so stark reduziert, dass Sprachanlässe schlicht entfielen. In den Familien unterhält man sich muttersprachlich, erworbene Sprachkenntnisse wurden im Alltag nicht mehr eingeübt: Das erreichte deutsche Sprachniveau regrediert. Schulen berichten, dass sie manche Schüler*innen und Eltern nicht mehr oder nicht mehr gut erreichen. Auch die Hausaufgabengruppen für Kinder aus geflüchteten Familien sind in der Regel an die Schulöffnungen gebunden und konnten nicht regelmäßig stattfinden.

Die KoMuT geht davon aus, dass es einige Zeit brauchen wird, bis wir an die vielfältigen kooperativen Strukturen der Zeit „Vor-Corona“ anknüpfen können.